

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto:
Gebr. Knobloch, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Landstadt

Stützpreis einschließlich Erlangerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Abrechnung für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonntagsnummer 200.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkzeitung.

Schriftleitung: Weltnerplatz 10. Tel. 26201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltnerplatz 10. Tel. 26201.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 400.— M., auswärts 500.— M., die Spaltenbreite 1500.— M., auswärts 1800.— M., auswärts 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzug. Stellen u. Mietgehalte 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel 150 M.

Nr. 59

Dresden, Sonnabend den 10. März 1923

34. Jahrg.

Die Wirtschaft im Wirbel

Ueberweltmarktspreise — Unterweltmarktslöhne

Die Leipziger Messe ist nach den weitgehenden Besichten nicht gut besetzt. An Besuchern hat es zwar nicht gefehlt, aber die Käufer haben sich stark zurückgehalten. Besonders das Ausland hat nur sehr wenig gekauft, weil ihm die Preise zu hoch sind. Wir haben mit den Preisen vieler unserer Waren den Weltmarktpreis überschritten, so daß Deutschland dem Ausland keinen Vorteil mehr bietet. Wir erleben jetzt in Deutschland dasselbe, was wir in Oesterreich und andern Ländern mit schlechter Valuta gesehen haben. Die Befestigung der Mark hat dazu geführt, daß wir mit einem Male auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Jetzt verspüren auch unsere Fabrikanten und Händler den Segen der freien Wirtschaft, die man früher als Heilmittel aus allen Wunden der Zeit angepriesen hat. Jetzt wird mancher einsehen müssen, wie gefährlich die freie Wirtschaft für eine Volkswirtschaft mit schwachem Geldwert ist, weil die Preise, wenn alle Hemmungen der Preisbewegung beseitigt sind, mit rasender Schnelligkeit der Geldwert verliert. Für die Arbeiterklasse ist der Verlauf der Leipziger Messe ein böses Zeichen. Eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zu befürchten. Viele Arbeiter und Angestellte, die zur Zeit der „guten“ Konjunktur so schwer unter der Kesselflut litten, werden jetzt von der Woge der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

Wahrscheinlich wird man wohl bald im Unternehmerlager fordern, daß zur Vermeidung der Produktionskosten die Löhne abgebaut werden. Dabei kann keine Rede davon sein, daß in Deutschland die Löhne zu hoch seien. Im Gegenteil, wir sind mit unseren Löhnen und Gehältern noch weit unter Weltmarktsätze und die Reallohne der deutschen Arbeiter und Angestellten halten einen Vergleich mit den Friedenslöhnen nicht im entferntesten aus. Selbst ein Wochenlohn von 100 000 M., der nur von wenigen besonders qualifizierten Arbeitern und Angestellten erreicht werden dürfte, entspricht bei einem Dollarfuß von 30 000 M. 3 Dollar oder ungefähr 30 Goldmark. Die Kaufkraft der deutschen Löhne ist viel zu gering und gerade dann, wenn im Inland der Absatz unserer Industrie vergrößert werden soll, müßten die Löhne erheblich erhöht werden. Es kann deswegen den Unternehmern nicht dringend genug geraten werden, mit dem Gedanken des Lohnabbaus nicht zu spielen. Wendet sich das heutige Preisniveau nicht noch sehr wesentlich, so müßte jeder Versuch, die Löhne zu vermindern, schwere wirtschaftliche Kämpfe zur Folge haben, die unserer Volkswirtschaft schwere Verluste bringen würden.

Warum aber trotz der noch immer so niedrigen Löhne in die Konkurrenz unfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt? In der ersten Zeit nach dem Kriege wurden sehr viele Klagen über die geringe Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter laut. Man kann heute feststellen, daß derartige Klagen nur noch ausnahmsweise zu hören sind. Vielfach ist die Vorkriegsleistung erreicht, ja sogar überschritten, und wo überhaupt heute noch die Leistungen deutscher Arbeiter ungenügend sein sollten, so dürfte das vor allem zurückzuführen sein auf die schlechte Ernährung und die fortwährenden Sorgen, mit denen die Arbeiter infolge ihrer geringen, für den Unterhalt einer Familie unzureichenden Löhne zu kämpfen haben. Durch eine Erhöhung der Löhne würde man hier das Uebel wegschlimmern.

Es ist freilich nicht abzuleugnen, daß unsere Industrie heute mit vielen Hemmnissen und Reibungen zu kämpfen hat. Die fortwährende Rezession des Geldwertes macht viele Arbeiten notwendig, die in normalen Zeiten nicht nötig waren. In wie starkem Maße werden heute Internationales und Arbeitervertreter durch die sich in kurzen Zwischenräumen wiederholenden Konfliktgespräche in Anspruch genommen. Das Rohne und Gebühre müssen immer wieder von neuem berechnet werden. Aber das alles kann allein unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch nicht erklären. Schuld an den immer noch zu hohen Preisen sind zweifellos zum großen Teil Fabrikanten und Händler. Sie sind aus der Zeit der fallenden Mark gewöhnt, große Papiermarkgewinne einzustechen, und sie können sich offenbar noch nicht daran gewöhnen, daß sie sich jetzt mit bescheidenen Gewinnen begnügen müssen. Als der Dollar stieg, war man schnell bereit, die billig gekauften Waren entsprechend dem Dollarkurs in die Höhe zu kalkulieren. Aber jetzt, wo der Dollar gesunken ist, will man trotz des Sinkens des Dollarkurs von den erzielten Konjunkturgewinnen nichts wieder hergeben. Wie herabwürdigend sich die Fabrikanten fühlen, ihre Preise während herabzusetzen, dafür geben die Berichte der Leipziger Messe merkwürdige Beispiele. So haben, wie das Berliner Tageblatt berichtet, die Fabrikanten von Möbeln seit dem Dollarkurs von 50 000 M. ihre Preise nur um 10 Prozent ermäßigt, obwohl es sich hier um ein Rohmaterial handelt, das sich der Aufwärtsbewegung des Dollarkurs schnell anpaßt. Die Preise für Kofferleder entsprechen einem Dollarkurs von 350 000 M.

Die Fabrikanten haben sogar, um die Dollarkursung auszugleichen, den in Dollar festgesetzten Grundpreis erhöht, eine Manipulation, die, wie das Berliner Tageblatt mit Recht schreibt, mit dem Wort Unsauberkeit noch zu mild gekennzeichnet ist und die Maßnahmen des Staats geradezu herausfordert. Wenn es so gemacht wird, braucht man sich wirklich nicht darüber zu wundern, daß wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Erst als die Verkäufer in Leipzig sahen, daß sie ihre Waren nicht loswurden, sind sie mit den Preisen herabgegangen. Am dritten Messetag war bei manchen Waren ein Preisnachlass bis zu 40 Prozent zu konstatieren. Die Schuhindustrie hat ihre Preise bis 55 Prozent herabgesetzt. Es kann nicht dringend genug gefordert werden, daß überall, wo es irgend möglich ist, recht schnell die Preise so weit als möglich abgebaut werden. Je länger Händler und Produzenten mit dem Preisabbau warten, um so schärfer wird die Krise einsehen.

In den letzten Jahren hat es die deutsche Industrie beim Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt häufig recht leicht gehabt. Viele Unternehmer hatten es nicht nötig, durch eine zweckmäßige Organisation ihrer Betriebe und die Ausnutzung aller technischen Fortschritte ihre Produktion zu verbilligen, konnten sie doch infolge der niedrigen Löhne billig genug produzieren. Jetzt wird es sich an unserer Industrie rächen, daß man nicht alles getan hat, um die Betriebe so rational wie nur irgend möglich auszugestalten, und daß man die Wohnungen eines Nothensau oder Wiffen, die eine planmäßige Organisation unserer Wirtschaft fördern, nicht beachtet hat. Gerade weil unsere Volkswirtschaft infolge der großen Verluste und Lasten, die uns Krieg und Wiederlage gebracht haben, unter so schwierigen Bedingungen zu arbeiten hat, hätten wir schon längst das äußerste tun müssen, um unsere ganze Wirtschaft planmäßig durchzuorganisieren. Wie fürchten, in den nächsten Monaten wird dem deutschen Volke ein sehr empfindlicher Anschauungsunterricht darüber erteilt werden, daß ihm eine Planwirtschaft dringend notwendig ist, wie wir sie seit Jahr und Tag hier immer wieder gefordert haben.

Die Schwierigkeiten des Siegers vergrößert. Das trifft besonders beim Ueberfall auf ein waffenloses Volk zu, das im entschlossenen Widerstand beharrt. Zur Größe der militärischen Widerstandskraft stehen die wirtschaftlichen — „Erfolge“ der Inflation in umgekehrtem Verhältnis. An dieser Tatsache wird die Vergewaltigung einst scheitern. Abgesehen davon wird natürlich die Kolonialpolitik nicht von der deutschen Regierung genommen, bestimmte Pläne für den weiteren Gang der Erfüllungspolitik beifügung geben. Der Zahlungsplan, der für die letzte Berliner Konferenz bestimmt war, wird immer noch verheimlicht. Die Regierung Cuno sollte ihn veröffentlichten und ihre jetzige Auffassung des Wiedergutmachungsmodus angeben. In einer amtlichen Berliner Rundgebung stellt die Regierung Cuno geltend, daß dieser Plan schriftlich fixiert war und Staatssekretär Bergmann den Auftrag hatte, diesen schriftlich festgelegten Reparationsplan in Paris vorzulegen und mündlich zu erläutern. Bergmann wurde nicht zugelassen. Hätte die Regierung Cuno schon damals den Plan veröffentlicht, so wäre den französischen Nachhabern die Begründung ihrer Gewalttätigkeit klarer geworden. Nun aber soll sie erneut einen Plan bekanntgeben, der den Willen und die Möglichkeiten der Erfüllungspolitik beweist. Damit schlägt sie den Voincor und Konjorten die vergiftete Waffe aus der Hand. Deutschland wolle überhaupt nicht wiedergutmachen. Ist die deutsche Zahlungswilligkeit erneut in bestimmten Angaben festgelegt, so wird auch die Bahn zu einem vermittelnden Eingreifen auswärtiger Mächte frei. Die englischen Kräfte, die zur Vermittlung neigen, weisen erneut auf die Erklärung Bonar Lows hin, Deutschland möge einen festen Zahlungsplan nennen. Die Zeit ist reif, daß die Regierung Cuno handelt.

Demokraten heraus!

Von H. Scheidemann

Im kommenden Fest der „Glocke“ fordert Genosse Scheidemann die Bildung eines republikanischen Blocks. Der Artikel wird uns zum Vorabend zur Verfügung gestellt und wir entnehmen ihm die folgenden Zeile. Auf das Für und Wider der Idee wollen wir heute nicht eingehen, zumal es sich erst zeigen müßte, wie weit bei den nachsozialistischen republikanischen Vorkämpfern der Wille zu einem wirklich einheitlichen Zusammengehen aller Republikaner gegen die Feinde der Konstitutionsgewalt vorhanden ist. Aber wenn von den deutschen Republikanern eine Centralstelle geschaffen werden könnte, die die Propaganda für die Republik in einer nachdrücklicheren Weise betriebe, als es heute geschieht, so könnte das eine notwendige Aufgabe der Zeit erfüllt werden.

Red. d. Dresdner Volkstg.

Die Republik ist in größerer Gefahr denn je zuvor. Bei der Unternehmung der Herren Kapp, Traub und Wederel, die Herr Ludendorff vom Brandenburger Tor aus befehligte und segnete, waren die Herrschaften — sozusagen — auf sich und ihre Organisations allein angewiesen. Jetzt besorgen die Herren Franzosen den baltischen-baltischen Feinden der deutschen Republik die Geschäfte. Als im September 1919 zum erstenmal die Mahnung erklang: „Der Feind steht rechts!“, suchten sich selbst sehr prominente Demokraten und Sozialisten über die ihr jutage liegenden Tatsachen und Gefahren hinwegzusetzen. Der Kapp-Putsch, der die Regierung zwang, ihren Sitz fluchtartig von Berlin nach Stuttgart zu verlegen, mußte erst kommen, aktive und inaktive Minister mußten erst paarweise angefallen oder abgefajacht werden, bevor sich ein aktiver Reichstanzler — drei Jahre später! — dazu verstand, ebenfalls festzustellen, daß der Feind rechts steht! Mit dem Oberst Reinhardt, der eine demokratische Regierung als Lumpengesindel beschimpft hatte und trotz dem im Dienst bleiben konnte, fing die Vogelstrauchpolitik an. Hört sie mit den Offizieren der republikanischen Reichswehr, die Fühlung mit monarchistischen Organisationen hielten, immer noch nicht auf?

Es ist unüberwindlich dumm, daß wir im Inlande über alle diese Dinge schweigen, als egzitierten sie nicht. „um“, so heißt es bauerntschlich, „das Ausland nicht aufmerksam zu machen“, während in der Auslandspresse Tag für Tag in eingehender Weise über unsere inneren Angelegenheiten geschrieben wird. Mit dem „So tun, als ob alles in Ordnung sei“, täuschen wir weder Franzosen noch Belgier, weder Engländer noch Amerikaner. Mit dieser Vogelstrauchpolitik erleichtern wir lediglich der Reaktion die Vorbereitungen für den Kampf gegen die Republik! Und gleichzeitig, das ist fast noch schlimmer, befähigen wir die uniformierten Einbrecher des Herrn Voincor am Rhein und an der Ruhr in dem Glauben, daß sie in ein Land eingedrungen seien, dessen Sentimentalität am deutlichsten durch die Herren Ludendorff, Hertg und Hitler repräsentiert wurde, in ein Land also, demgegenüber Frankreich bis an die Zähne bewaffnet bleiben müßte, demgegenüber unter gar keinen Umständen auf die Verhaftungsarmee verzichtet werden könne.

Das gesamte deutsche Volk — die sozialdemokratischen Massen in erster Linie — ist einmütig in seinem Widerstand gegen die Franzosen, die im Frieden brutal in unser Land eingedrungen sind. Es ist das Gegenteil von Ritterlichkeit, wenn bis an die Zähne bewaffnete Heere über ein Volk herfallen, das waffenlos ist. Es ist aber auch niederträchtige Demagogie, wenn in unserm Lande bestimmte Männer und Gruppen so reden und schreiben, als könnten wir mehr denn passiven Widerstand leisten.

Es ist irrsinnig, sich einzubilden, daß mit Gewehren und Handgranaten auch nur das geringste ausgerichtet werden könnte gegen die mit Tanks, Minenwerfern, Geschützen, schwersten Kalibern und Flugzeugen überreichlich ausgerüsteten Franzosen. Herr Gehler, der Reichswehrminister, hat die Leute, die bewaffneten Widerstand leisten wollen, als Verräcker bezeichnet.

Dagegen sind Gewehre und Handgranaten in den Händen unserer Rechtsabstößtesten vollkommen ausreichende Waffen gegen die waffenlose republikanische Bevölkerung! Die etwa verbleibenden Waffen jetzt in die Hände der monarchistischen Organisationen zu spielen — das ist der Zweck des Heldengeredes besser um Hertg und Hitler.

Um den Verleumdern, die jeden aufrechten Republikaner mit wirklich beachtenswerter Verlogenheit beschimpfen, das schmutzige Handwerk mindestens zu erschweren, sei ausdrücklich noch einmal festgestellt, daß die Entschlossenheit, mit der das gesamte deutsche Volk sich dem französischen Einbruch an der Ruhr widersetzt, als eine Lebensnotwendigkeit für die Republik beibehalten werden muß. In diesem Kampfe stellen die Arbeitermassen die Hunderttausende, die am meisten zu leiden, den heftigsten Widerstand gegen Hunger, Strafen und — verlockende Angebote zu leisten haben. Diesen Arbeitermassen braucht kein Hitler, kein Hertg, kein Ludendorff ermunternd zuzureden, die fernen und erfüllen ihre Pflichten. Es ist die höchste Zeit, den Rechtsabstößtesten nicht nur auf die Mäuler, sondern vor allem auf die Fäuste zu sehen.

Es kommt mir vor, daß ich deutlich genug gewesen bin, um alle Republikaner auf Gefahren, die sie bisher vielleicht zu gering eingeschätzt haben, nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Hohe Löhne in Paris

Paris, 9. März. Ueber die Nachmittagsführung der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten wurde eine amtliche Mitteilung abgegeben, die besagt, daß der Ministerpräsident die Lage an der Ruhr besprochen. Dann heißt es: Ministerpräsident hat seine vor der Kammerrede abgegebene Erklärung.

daß die Regierung keinerlei Vermittlung und keine indirekte Verhandlungen annehmen würde, daß jedoch, sobald Deutschland sich über die Lage klar werde, die Regierung bereit wäre, es anzuhören und alle amtlichen Vorschläge, die Deutschland machen würde, zu prüfen. Auf alle Fälle werde Frankreich die Sicherheiten und die Pflichten, die es mit Beziehung zu belagerten Gebieten sei, nicht gegen einfache Versprechungen aus der Hand geben.

Bei den wirtschaftlichen Mißfolgen der Inflation und den gewaltigen Kosten des Abenteuers muß der Hauptverantwortliche immer wieder aufs hohe Pferd steigen und die Unnachgiebigkeit Frankreichs in die Welt schmettern. Durch diese markierte Stärke soll doch noch die Einschüchterung des im Abwehrkampf lebenden deutschen Volks versucht, zum andern auch das Ausland von Vermittlungsaktionen abgehalten werden. Die heutigen Nachrichten über Frankreich wollen im höchsten Fall Deutschlands Vorklage anhören und prüfen und dann unter dem Druck der gewaltigen geräuschten „Wander-Garantien“ erzwingen, die die Autonomie Deutschlands aufheben. Diese Pläne will Herr Voincor mit dem belgischen Ministerpräsidenten am Montag in Brüssel besprechen. Die Pariser Regierungsdirektion droht schon, man werde unaufhaltsam weiter vordringen, abzumauern und sogar bis ins Hannoverische vordringen. Der Militarismus kennt freilich kein Halten, das wissen gerade wir aus deutscher Erfahrung heraus. Aber wir wissen auch, daß er durch jeden neuen „Sieg“ die

Schwierigkeiten des Siegers vergrößert. Das trifft besonders beim Ueberfall auf ein waffenloses Volk zu, das im entschlossenen Widerstand beharrt. Zur Größe der militärischen Widerstandskraft stehen die wirtschaftlichen — „Erfolge“ der Inflation in umgekehrtem Verhältnis. An dieser Tatsache wird die Vergewaltigung einst scheitern. Abgesehen davon wird natürlich die Kolonialpolitik nicht von der deutschen Regierung genommen, bestimmte Pläne für den weiteren Gang der Erfüllungspolitik beifügung geben. Der Zahlungsplan, der für die letzte Berliner Konferenz bestimmt war, wird immer noch verheimlicht. Die Regierung Cuno sollte ihn veröffentlichten und ihre jetzige Auffassung des Wiedergutmachungsmodus angeben. In einer amtlichen Berliner Rundgebung stellt die Regierung Cuno geltend, daß dieser Plan schriftlich fixiert war und Staatssekretär Bergmann den Auftrag hatte, diesen schriftlich festgelegten Reparationsplan in Paris vorzulegen und mündlich zu erläutern. Bergmann wurde nicht zugelassen. Hätte die Regierung Cuno schon damals den Plan veröffentlicht, so wäre den französischen Nachhabern die Begründung ihrer Gewalttätigkeit klarer geworden. Nun aber soll sie erneut einen Plan bekanntgeben, der den Willen und die Möglichkeiten der Erfüllungspolitik beweist. Damit schlägt sie den Voincor und Konjorten die vergiftete Waffe aus der Hand. Deutschland wolle überhaupt nicht wiedergutmachen. Ist die deutsche Zahlungswilligkeit erneut in bestimmten Angaben festgelegt, so wird auch die Bahn zu einem vermittelnden Eingreifen auswärtiger Mächte frei. Die englischen Kräfte, die zur Vermittlung neigen, weisen erneut auf die Erklärung Bonar Lows hin, Deutschland möge einen festen Zahlungsplan nennen. Die Zeit ist reif, daß die Regierung Cuno handelt.